

Rot-Rote Farbenspiele

Helmut Bärwald

Der Vorsitzende der SPD ab 1946 in Westdeutschland, später in der Bundesrepublik Deutschland, der Westpreuße Dr. Kurt Schumacher, hatte seine Partei immer wieder nachhaltig davor gewarnt, sich für Kommunisten oder andere Linksextremisten als Blutspender, als Bündnispartner herzugeben. Auch nach dem Tode Kurt Schumachers 1952 wurden diese Ermahnungen noch anderthalb Jahrzehnte lang von der Mehrheit der SPD-Mitglieder befolgt. Doch dann begann in der SPD ein Prozeß der „Aufweichung“ und seit den sechziger Jahren waren und sind Teile der SPD zu rot-roten Bündnissen, Aktionseinheiten und anderen Allianzen in den letzten zehn Jahren insbesondere mit der PDS bereit. Eine geraume Zeit vor der Bundestagswahl 2002 spielte die SPD-Führung das Thema „Rot-Rot“ hinunter und protestierte aus wahltaktischen Gründen gelegentlich mehr oder minder laut gegen Bündnisangebote der angeblich „gewandelten“ PDS-Sozialisten.

Am 22. September 2002 erlitt die SED-Nachfolgeorganisation ein Debakel. Doch wäre es falsch und unrealistisch, die PDS nun als politischen Faktor gering zu schätzen und aus den Augen zu verlieren. Unabhängig davon, wie sich die PDS nach ihrem Bundesparteitag im Oktober ideologisch, organisatorisch und personell entwickelt, ist eines gewiß: Es wird auch in Zukunft in der PDS Kräfte geben, die leninsche Bündnispolitik sowohl in kommunalen und regionalen parlamentarischen Bereichen, als auch insbesondere im außerparlamentarischen Bereich, in außerparlamentarischen „Bewegungen“, praktizieren werden. Auf der „anderen Seite“ wird es in der SPD, und nicht nur dort, immer wieder Kräfte geben, die zu rot-rot Bündnissen bereit sind.

Langer Aufweichungsprozeß in der SPD

Die Anfälligkeit großer Teile der SPD gegenüber kommunistischen oder „demokratisch-sozialistischen“ Verlockungen unterschiedlicher bündnispolitischer Art gibt es nicht erst seit einigen Jahren. Die „Aufweichung“ der SPD begann bereits vor Jahrzehnten. Erst waren die SED und deren Organisationen, die DKP und zahlreiche Tarn- und Hilfsorganisationen „Partner“ mannigfacher Aktions- und Agitationseinheiten. Seit einem Jahrzehnt ist es vor allem die SED-Nachfolgerin PDS.

Es war an einem Montag im Sommer 1970. Nach der an diesem Wochentag üblichen Referentenbesprechung mit einem Mitglied des SPD-Präsidiums wollte ich mit diesem, dem Organisationschef der SPD, Herbert Wehner, einen Termin für ein, wie ich meinte, dringendes Gespräch vereinbaren. Das Ostbüro beim SPD-Parteivorstand hatte wieder einmal, wie schon öfter seit Mitte der sechziger Jahre, einen detaillierten Bericht über teilweise innige Kontakte von SPD-Mitgliedern, vor allem von zahlreichen Gruppen der Jungsozialisten in der SPD, mit der SED, der „DDR“-Staatsjugendorganisation FDJ und anderen Institutionen des SED-Staates erhalten. Ich zeigte Wehner diesen Bericht und bat um einen Gesprächstermin. Wehner warf nur einen flüchtigen Blick auf die Titelseite des Berichtes, maß mich mit verächtlichen Blicken und raunzte lautstark: „Das ist eine Verleumdung junger Genossen!“ Dann ließ er mich stehen. Tage später schickte ich Kopien des Berichtes allen Präsidiumsmitgliedern zu. Es gab keinerlei Resonanz. Folgen, wie Parteiordnungsverfahren, hatte der Bericht für die darin genannten SPD-Mitglieder nicht. Bereits Jahre zuvor hatte bei den meisten Mitgliedern der SPD-Führung deutlich erkennbar das Interesse an vorgelegten Lage- und Entwicklungsanalysen über bündnispolitische Kontakte von SPD-Mitgliedern zu

Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland und im SED-Staat, sowie die Bereitschaft nachgelassen, nötige Konsequenzen aus den vorgelegten, vielleicht von vielen gar nicht mehr gelesenen Berichten zu ziehen.

Zwei Feststellungen in dem Wehner gezeigten Bericht spiegeln die seit Mitte der sechziger Jahre verstärkte Entwicklung in der SPD wider:

“Die bereits seit Jahren bestehenden Kontakte der Jusos zur SED, zum FDGB und besonders zur FDJ sind 1970 in erheblichem Maße intensiviert worden.“

“Im gleichen Maße, wie die Besuche von Jusos in den Ostblock sich verstärkten, nahm auch die Reisetätigkeit von SED-, FDGB- und FDJfunktionären in die Bundesrepublik zu.“

Nach langen und teilweise kontroversen Debatten in den Führungs- und Ausschußgremien der SPD wurde „mit Hängen und Würgen“ am 14. November 1970 vom Parteivorstand, Parteirat und von der Kontrollkommission eine EntschlieÙung zur Frage „Zusammenarbeit mit DKP, SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins), SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) und FDJ Berlin“ verabschiedet. Der erste Satz dieser EntschlieÙung lautet:

“Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft.“

Doch dann wird lediglich die Zusammenarbeit von SPD-Mitgliedern mit den vier genannten Organisationen als parteischädigend bezeichnet; nicht jedoch mit der SED, mit kommunistischen Hilfs- und Tarnorganisationen und mit sogenannten „Reisekadern“ von Westarbeits-Apparaten des SED-Staates.

SED-Westarbeit

Nur wenige Wochen nach der Übernahme der Bundesregierung durch die SPD/FDP-Koalition im Herbst 1969, wurden in der SED-Führung gründliche Lagebeurteilungen über die mögliche, von der SED erhoffte, Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland angestellt und, darauf fußend, modifizierte Taktiken im politisch-psychologischen Krieg und in der Westarbeit gegen den freien Teil Deutschlands entwickelt. Die Analytiker und die Westarbeits-Strategen in SED und MfS gingen davon aus, daß der SPD die echte Chance gegeben sei, über längere Zeit Regierungspartei zu bleiben und verantwortlich die Richtlinien der Bonner Politik festzulegen. „Diese Tatsache bestimmt unsere Taktik und Strategie im Blick auf die Einflußnahme auf Mitgliedschaft und Funktionäre der SPD“, heißt es in einem Strategiepapier der Westabteilung beim Zentralkomitee der SED. Die Marschrichtung und das Etappenziel wurden unter anderem mit diesen Hinweisen präzisiert:

“Zentren des Widerstandes gegen die opportunistische Politik der Parteiführung (der SPD) sind am häufigsten die von den Sozialdemokraten kontrollierten Gewerkschaften und Jugendorganisationen...Gerade die jüngste Zeit hat gezeigt, daß sich zwei Klassenlinien in der SPD stärker ausprägen. Sozialdemokraten, vor allem Jungsozialisten und Gewerkschaftler, fordern mehr denn je eine politische Kursänderung, fordern völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Verbot der NPD, Änderung der Wirtschaftspolitik zugunsten der Arbeiter und Mitbestimmung...“

Die Aktionseinheit, die Kollaboration, die Kungelei, auch die Anbiederung von Politikern, Funktionären und Gliederungen der SPD, wie zum Beispiel auch der Gewerkschaften und anderer demokratischer Parteien, auf allen Ebenen mit Kommunisten „drüben“ (im SED-

Staat) und „hüben“ (in der Bundesrepublik Deutschland) mit der SED und zahlreichen ihrer Spitzenfunktionäre, mit den Westarbeits-Apparaten, mit dem sogenannten „Parlament“ (Volkskammer) und anderen Institutionen des SED-Staates, wie mit der DKP und ihren Hilfs- und Tarnorganisationen, wurde seit Ende der sechziger, besonders Anfang der siebziger Jahre kontinuierlich enger, intensiver und inniger. Das läßt sich dokumentarisch beweisen. Bezeichnend für den (Un)Geist dieser engen Aktions- und Agitationseinheit von SPD-Oberem zum Beispiel mit dem SED-Generalsekretär und Vorsitzenden des „Staatsrates der DDR“, Erich Honecker, sind Äußerungen Willy Brandts nach einem Gespräch mit Honecker im September 1985 in Ost-Berlin. Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin sagte Brandt, „daß bei der Bedeutung dieses anderen deutschen Staates in der europäischen Zusammenarbeit nicht nur im Warschauer Pakt und im RGW (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) bei der Bedeutung und Erfahrung des ersten Mannes dieses anderen deutschen Staates ich nur davon gewinnen könnte, als Person und in meiner politischen Arbeit, wenn ein solcher Meinungs-austausch eine Fortsetzung fände“.

Die SED- Nachfolgerin

Die PDS ist die Nachfolgerin der SED. Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989 beschlossen die Delegierten auf Gregor Gysis Anregung, die SED nicht aufzulösen, sondern lediglich umzubenennen. In ihrer Anfang Juli 2001 abgegebenen Erklärung zum Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 bekundet die PDS lediglich, sich „unwiderruflich vom Stalinismus der SED befreit“ zu haben. Sie hat sich damit nicht von der SED insgesamt, von deren Ideologie und Praxis im SEDUnrechtsstaat distanziert.

Die SPD, zumindestens große Teile von ihr, grenzen sich weder entschieden von dieser SED-Nachfolgepartei ab, noch führen sie mit dieser eine offensive politische geistige Auseinandersetzung. Im Gegenteil: Bereits seit vielen Jahren gab es und gibt es zahlreiche Kooperationen von SPD und PDS von der Zusammenarbeit in Aktionsbündnissen und sogenannten „Bewegungen“, über die mehrjährige unterstützende Duldung einer von der SPD geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt, bis zu den rot-roten Regierungskoalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Beide rot-roten Koalitionen werden von allen Partnern als durchaus erfolgreich und zukunftsweisend gelobt .

Dr. Thomas Meyer, Mitglied der SPD-Grundwertekommission, äußerte im Januar 1988 in einer Podiumsdiskussion in Bonn:

“An der DDR kritisieren wir nicht etwa, daß sie sozialistisch ist, sondern daß sie nicht sozialistisch ist nach unseren Maßstäben.“

Dreizehneinhalb Jahre später, im Juni 2001, trat Meyer, nun stellvertretender Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, auf einer Veranstaltung der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Programmentwurf der PDS auf. Von der Veranstalterin als „prominenter SPD-Theoretiker“ begrüßt, lobte er den Programmentwurf, mit dem sich die PDS deutlich auf den Boden von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie stelle. Ihre Reformvorschläge und die Betonung von Freiheit und Gleichheit seien im Grunde glaubwürdig und akzeptabel. Kritik übte SPD-Mann Meyer lediglich an einer „durchgehenden Zwiespältigkeit“ des Entwurfs und am Fehlen umsetzungsfähiger Handlungsvorschläge.

Grenzverschiebungen

Die bis zum Zusammenbruch des „SED-Staates“ Ende 1989 über zwei Jahrzehnte lang anhaltenden teilweise erheblichen Grenzverschiebungen zwischen SPD und SED setzten sich danach, insbesondere ab Mitte der neunziger Jahre, zwischen SPD und der SED-Nachfolgerin PDS, stetig fort. Eine Bemerkung des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt (SPD) läßt aufhorchen. In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ (29. 6. 2002) sagte Schmidt:

“Wir sehen in Polen, Ungarn oder Tschechien, daß im östlichen Teil Zentral-Europas aber auch zum Beispiel in Frankreich, kommunistische Parteien eine Regierungsrolle spielen können. Das ist auch ganz normal...Man muß allerdings schon ein knochenharter Konservativer sein, um ehemalige Kommunisten, die sich gewandelt haben, auch heute für das Übel schlechthin zu halten. Mit den gewendeten ehemaligen Kommunisten Gorbatschow, Jelzin oder Putin darf man sich treffen und Freundschaft demonstrieren, aber die ostdeutschen Kommunisten werden verurteilt. Das ist so die Stimmung, die einige Politiker und Journalisten verbreiten. Ich kann das nicht mitmachen. Jeder Kommunist, der innerlich begriffen hat, daß die vorangegangenen Regime ein Unheil darstellten und der sich innerlich abgewandt hat, ist ein voll akzeptierter Mitbürger für mich. Das gilt auch für ostdeutsche ehemalige Kommunisten.“

Sollen diese „voll akzeptierten Mitbürger“ von der SPD auch als Partner in Koalitionen, in anderen Bündnissen und Aktionseinheiten akzeptiert werden? Sind rot-rote Koalitionen „normal“? Für viele alte „Schumacher-Sozialdemokraten“, die meisten von ihnen sind seit 20, 30 Jahren nicht mehr in der SPD, jedenfalls nicht.

Eine neue Linke

In der „Mitteldeutschen Zeitung“ (Halle/Saale) erschien am 2. August 2002 unter der Überschrift „Eine neue Linke mit Gysi und Lafontaine“ ein Interview mit dem PDS-Europaabgeordneten und einem der kompetenten Theoretiker der SED-Nachfolgerin, André Brie. Dieser äußerte sich vor allem über die Folgen des Rücktritts von Gregor Gysi als Berliner Wirtschaftssenator und offerierte dann seinen „Traum“ von einer „kooperationsfähigen Linken in Deutschland“; von einer „neuen Linken mit völlig neuen Formen, aber auch unter Nutzung der vorhandenen Potentiale. Brie betonte:

“Wer für ein linkes Projekt, eine neue linke Kraft eintritt, und das tue ich, der kommt an den beiden Zugpferden Gregor Gysi und Oskar Lafontaine nicht vorbei. Beide bleiben für die Zukunft der politischen Linken in diesem Land äußerst wichtig...mir liegt sehr daran, die alten Feindbilder zwischen SPD und PDS abzubauen. Wenn Lafontaine und Gysi das gemeinsam tun würden, so würde sich ein Traum erfüllen. Beide sind bestens dafür geeignet.“

Was Kenner des bündnispolitischen Geflechtes zwischen PDS und SPD nach diesem Interview erwarteten, geschah überraschend schnell vier Wochen danach noch vor der Bundestagswahl. Die PDS-Matadoren Gregor Gysi und André Brie schrieben mit herzlichen Grüßen an den lieben Oskar Lafontaine einen Brief mit dem Wunsch, sich für einen „linken Aufbruch“ zu engagieren. Die Briefschreiber plädierten in diesem Schreiben weder für eine „Regierungszusammenarbeit zwischen der SPD und der PDS auf Bundesebene“, noch für eine SPD-PDS-Vereinigung. Vielmehr sollte „die Linke“ in Anbetracht der sozialen und kulturellen Heterogenität der Gesellschaft differenziert organisiert bleiben. Gysi und Brie ließen Lafontaine wissen, daß sie (nur die Beiden oder auch noch andere PDS-Genossen?) sich dafür einsetzen wollen, daß SPD und PDS „fähig werden, in diesem Sinne (im Sinne eines „linken Aufbruchs in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union“) strategisch

zusammenzuarbeiten, ohne den Reichtum ihrer Unterschiede aufzugeben.“ Der erste der beiden Schlußsätze weckt wieder einmal die Erinnerung an Kurt Schumachers Warnungen vor Blutspenden an Kommunisten. Die Briefschreiber geben zu: „Die PDS wird ihren gesellschaftlichen Zielen nur in Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den alten und neuen sozialen Bewegungen näher kommen können.“ Doch die SPD soll auch etwas von der „strategischen Zusammenarbeit“ haben: „Und die SPD, glauben wir, braucht die Herausforderung von links.“ Die Briefschreiber begründen die Tatsache, daß sie sich nicht etwa an Schröder oder an den SPD-Vorstand, sondern an Lafontaine gewandt haben, damit: „Wir wenden uns an Sie, weil sich die gegenwärtig regierende SPD linken gesellschaftspolitischen Debatten eher verschließt und Sie es bekanntlich waren, der nicht gewillt war, einen neoliberalen Regierungskurs mitzutragen.“

War die Veröffentlichung dieses Briefes noch vor der Bundestagswahl ein Regiefehler, oder wohlbedachtes (wahl)taktisches Handeln der Briefschreiber? Der Adressat ging auf Distanz, jedoch nur hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung: „Die heiße Wahlkampfzeit eignet sich nicht zur Erörterung grundsätzlicher Fragen“ sagte Lafontaine der „Saarbrücker Zeitung“. Die SPD-Linke reagierte kühl und zurückhaltend. Ihr paßte der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Briefes auch nicht ins wahltaktische Konzept. War sie doch gerade erst Anfang Juli 2002 in die SPD-Wahlkampffront eingeschwenkt. Demonstrativ wurde vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse ein Buch linker SPD-Bundestagsabgeordneter „Mehrheiten von Links“ vorgestellt und von ihm als „leidenschaftliches Plädoyer“ für die Fortsetzung der Bundesregierung unter Führung von Gerhard Schröder bezeichnet. Von Orthodoxen in der PDS, insbesondere der „Kommunistischen Plattform“ und dem „Marxistischen Forum“ war heftiges Gezeter über den Alleingang der Genossen Gysi und Brie zu hören. Die PDS-Führung versuchte un gelenk, mögliche Fehldeutungen des Briefes zurechtzurücken. Der Gysi-Brie-Brief wurde als reines Wahlkampfpapier deklariert, mit dem bestimmte Themen „auf breiter Ebene bekannt“ gemacht werden könnten. An eine Fusion von SPD und PDS sei keineswegs gedacht. Der Chef der PDS-Fraktion im Bundestag fand es gut, daß es einen solchen Dialog gibt, und erwartet, daß von diesem Brief ein „Prozeß des Nachdenkens darüber auch in der SPD angestoßen“ werde. Die PDS-Vorsitzende hob hervor, ihre Partei halte es „für wichtig, daß die Linken in der Bundesrepublik punktuell zusammenarbeiten.“ Wir (nicht nur die Briefschreiber, sondern auch die PDS-Führung?) „haben uns insbesondere an enttäuschte Lafontaine-Anhänger gewandt, die festgestellt haben, daß sie 1998 zwar einen Machtwechsel, aber keinen Politikwechsel bekommen haben. Die Schröder-SPD war nicht Adressat des Briefes. Es gibt viele links und sozialistisch denkende Menschen auch im Westen, die sich bei Schröder nicht wiederfinden. An sie ist unser Angebot gerichtet“. Wenige Tage vor der Bundestagswahl wiederholte Gysi seine Forderung nach einer „strategischen Diskussion“ zwischen SPD und PDS, „um die Antworten für dieses 21. Jahrhundert auch für unsere Gesellschaft zu bekommen“.

Seit langem Genossen im Geiste

„Gysi & Lafontaine wagen gemeinsam Schritt nach vorn. Ex-SPD-Chef: Große linke Volkspartei – Ex-PDS-Chef: Kraft links der SPD“. Mit dieser Überschrift versieht die PDS-Zeitung „Neues Deutschland“ auf der Titelseite einen auf Seite 2 fortgesetzten Bericht über die groß aufgezogene Vorstellung des rechtzeitig zur Leipziger Buchmesse im März 2001 im Hamburger Hoffmann und Campe Verlag erschienene Buch von Gregor Gysi „Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn“. Laudator für das Buch und dessen Autor war der ehemalige SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine. Gleich zu Beginn der Buchvorstellung offenbarte der SPD-Genosse: „Da ich sicher war, daß die PDS unter der Führung von Bisky und Gysi mehr und mehr eine sozialdemokratische Partei würde, strebte ich als SPD-Vorsitzender langfristig

einen Zusammenschluß beider Parteien an.“ Dem PDS-Genossen Gysi bescheinigte Lafontaine zugleich, „zu der im Zeitalter des Neoliberalismus rarer gewordenen Sorte der Linken in Deutschland“ zu gehören.

Die PDS-Zeitung „Neues Deutschland“ illustriert ihren Bericht über die Gysi/Lafontaine-Schau mit einem Foto dieser vielsagend zufrieden lächelnden Genossen. Das Bild erinnert an ein anderes Foto, aufgenommen am 9. September 1987. Darauf sind drei lächelnde Genossen zu sehen. In die Kamera blickt ein fröhlich dreinschauender Gerhard Schröder; sich tief in die Augen blicken und lächeln Oskar Lafontaine und der Boß der SED und „deren“ Staates, Erich Honecker, der damals auf Einladung einer von der CDU geführten Bundesregierung den freien Teil Deutschlands heimsuchte.

Für Kenner der SPD kommen Äußerungen Lafontaines wie bei der Vorstellung des Gysi-Buches keinesfalls überraschend.

Im Jahre 1995 wurden in der SPD die letzten Hemmungen gegenüber der SED-Fortsetzungspartei beiseite geräumt. Auf dem Bundesparteitag der PDS im Oktober 2000 in Cottbus wurden sehr deutliche Zeichen der Bereitschaft zum stetigen Ausbau der Aktionseinheit mit der SPD und zur Bildung von Koalitionen oder Allianzen anderer Art mit dieser Partei gesetzt. Die PDS-Zeitung „Neues Deutschland“ schrieb damals nach einem Treffen der Vorsitzenden von SPD und PDS, Gerhard Schröder und (damals) Lothar Bisky: Beide Parteien kommen sich näher.

Der SPD-Spitzenpolitiker Oskar Lafontaine, auch ein langjähriger Gesprächspartner der SED mit höchst durchlässigen „Grenzen“ gegenüber dieser Partei und dem SED-Unrechtsstaat, war der PDS schon länger nähergekommen. Er traf sich mit dem damaligen Vorsitzenden der PDS Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, im November 1995 zu einem Gespräch. Danach bestätigte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL, daß er „von Anfang an eine zu starke Ab- und Ausgrenzung“ der PDS „für falsch gehalten“ hat. Zahlreiche Funktionäre und Mandatsträger der SPD signalisierten sofort nach Bekanntwerden des Treffens Lafontaine – Gysi Zustimmung. Der damalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rudolf Scharping, äußerte: „Es gibt keine Koalition in der Opposition und auch keine Zusammenarbeit“ mit der PDS.“ Diese Aussage ließ aufhorchen und die Frage stellen, ob Scharping damals etwa Koalitionen und dergleichen Allianzen und Aktionsbündnisse von SPD und PDS, die tatsächlich bereits bestanden, etwa nur „in der Opposition“ ausschloß und Koalitionen „in der Regierung“ für möglich hielt. Im März 1999, damals noch Vorsitzender der SPD, hatte Lafontaine herbe Kritik an der zurückhaltenden Haltung seiner Partei gegenüber der PDS geübt und diese Reserviertheit als das „übliche Geschrei“ abgetan.

Lafontaine hat, wie etliche andere Politiker und Mandatsträger der alten Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel sein Genosse Gerhard Schröder, auch gegenüber der PDS--Vorgängerin, gegenüber der SED und „ihrem“ Staat, höchst durch-„lässige“ Grenzen gehabt.

Wie die frühere Bundesvorsitzende der Jungsozialisten in der SPD und damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Andrea Nahles, Vorsitzende des „Forums Demokratische Linke 21“ in der SPD, sprach auch der PDS Mann Gregor Gysi etliche Tage nach der Vorstellung seines Buches von einer Zehn-Jahres-Frist und schloß eine Fusion seiner Partei mit der SPD zwar „in den nächsten zehn Jahren“, aber eben nicht grundsätzlich aus.

Der Ex-SPD-Funktionär Dr. Diether Dehm, der einmal Bundestagsabgeordneter und Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft Klein- und Mittelunternehmer war und nach 33 Jahren Mitgliedschaft in der SPD 1998 stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender geworden war, schrieb im Oktober 2000 an seine ehemalige Mitstreiterin in der SPD, Andrea Nahles. Dehm kritisiert in diesem Brief heftig die „Phantasielosigkeit von Hardlinern“, die die Spekulationen der SPD-Linken Nahles, in etwa zehn Jahren mit der PDS fusionieren zu wollen, zurückgewiesen hatten. Der Ex-SPD- und nun PDS-Funktionär fragt: PDS + SPD - warum nicht?

Der PDS-Bundestagskandidat Dehm erhielt in einer Art „Aktionseinheit“ wenige Wochen vor der Bundestagswahl massive Unterstützung durch seinen „Freund und Mitstreiter“, den Schweizer Sozialdemokraten Prof. Jean Ziegler, der jahrzehntelang Abgeordneter im Schweizer Nationalparlament war und nach wie vor Mitglied des Exekutivrates der Sozialistischen Internationale ist. Ziegler meldete sich aus Johannesburg mit einem Aufruf zum „Anti-Kriegs-Tag“ am 1. September in Hannover „im deutschen Wahlkampf“ zu Wort. Ziegler erklärte, daß er Gerhard Schröder für einen der zwei, drei bedeutendsten Staatsmänner der Gegenwart hält, dessen für Deutschland und Europa gleichermaßen lebenswichtige Wiederwahl jedoch „nur unter einer einzigen Bedingung“ gelänge, daß die PDS bundesweit einen Wähleranteil von mehr als 5 Prozent erringt. Diether Dehm und seine Partei verdiene im höchsten Maße das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Es sei jetzt „höchste Zeit für den Aufstand des Gewissens: Wählt Diether Dehm und wählt die PDS!“ posaunte Ziegler.

Eine „Sozialistische Volkspartei“?

Spekulationen über die wirklichen Gründe des plötzlichen Rücktritts Gysis vom Amt des Berliner Wirtschaftssenators gibt es nach wie vor. Zwar hat der PDS-Genosse nach dem Rücktritt noch fleißig und brav für die PDS Wahlkampf gemacht. Zwar erklärten die Parteiobere vor der Bundestagswahl geradezu beschwörend immer wieder: „Gysi hat sich von seinen Ämtern getrennt, nicht von seiner Partei“, und „Wir haben Gregor Gysi nicht verloren. Gregor Gysi hat uns nicht verloren.“ Doch nach dem Wahldebakel klangen die Töne anders. Was Gysis politische Zukunft anbetrifft, gab und gibt es zumeist nur verschwommene Informationen. Knapp zwei Wochen vor der Bundestagswahl „versprach“ der (Noch?)PDS-Mann seinen Zuhörern auf einer PDS-Veranstaltung in Köln: „Sie werden mich aber selbstverständlich nach dem 22. September politisch mit der PDS im Fernsehen und im Radio wiedersehen (und wiederhören).“ Er könne sich vorstellen, „auch wieder in ein Amt zurückzukehren. Ich werde mich engagiert in die Politik einbringen. Das sei hier versprochen.“ Wenige Tage danach bestätigte er in einer Rede in Leipzig, er sei zu einem Neustart bereit. Nach der Bundestagswahl antwortete Gysi im Fernsehen auf die Frage, ob er definitiv eine Rückkehr ins politische Rampenlicht ausschließt: „das bezieht sich zunächst mal auf die Partei...Aber es steht aktuell überhaupt nichts an...“ Gysi betonte zugleich, er wolle „für die Leute wahrnehmbar bleiben“. Es fragt sich nur, wo, auf welche Weise? Vielleicht gar gemeinsam mit Lafontaine in einer irgendwie gestalteten „vereinigten neuen Linken“, in einer neuen Linkspartei? Könnte diese vielleicht die „moderne sozialistische Partei“ werden, zu der sich nach Gysis kritischen Ratschlägen eigentlich die PDS entwickeln müsse, wenn sie überleben wolle? Bereits Ende der sechziger Jahre hatten Linke in der SPD geplant, eine Linkspartei ähnlich der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks zu gründen. Damals wurde der Plan zugunsten einer forcierten Unterwanderung der SPD und der Ausnutzung ihrer organisatorischen und finanziellen Ressourcen aufgegeben.

Gedankenspiele, Träumereien Lafontaines (und Gysis?) über die Gründung einer neuen linkssozialistischen Partei hätten vor zwei Jahren eine europäische Dimension bekommen

können. Der im Januar 2002 verstorbene französische Sozialphilosoph und Marxist Pierre Bourdieu, Aktivist der französischen 68er-Bewegung, Professor am Collège de France und Autor etlicher soziologischer Standardwerke, soll nach Informationen aus Frankreich recht enge Kontakte zu Lafontaine unterhalten haben. Beide sollen über die Gründung einer „Sozialistischen Volkspartei“ (auf europäischer Ebene?) diskutiert haben. Bourdieu unterhielt auch gute enge Beziehungen zur PDS. Jean Ziegler berief sich in Wahlaufuf zugunsten Dehms und der PDS ausdrücklich auf Bourdieu. Dieser entwarf 2000 die „Charta 2000“, mit der die „Generalstände der europäischen sozialen Bewegungen“ einberufen werden sollen. Überdies bastelte Bourdieu an der Schaffung einer „Internationale“ linker Intellektueller. Diether Dehm und Konstantin Wecker schrieben zum Tode Bourdieus, der Linken müßten die guten Gründe zum Handeln Bourdieus (Raisons d'agir) und dessen Wunsch erhalten bleiben: „Man müßte es fertig bringen, Wissenschaft und Militanz zu versöhnen, den Intellektuellen die Rolle der Militanten der Vernunft zu geben, die sie im 18. Jahrhundert hatten.“

Macht den linken Flügel stark

Bereits am Tage nach der Bundestagswahl meldete sich die SPD-Linke in einer Erklärung des „Forums Demokratische Linke 21“ über „Sozialdemokratische Politik nach der Wahl“ zu Wort. „Die SPD muß als linke Kraft erkennbar sein,“ lautet eine der in dem Papier enthaltenen Forderungen. Auch diese Variante rot-roter Farbenspiele ist denkbar: „Moderne Sozialisten“ wandern aus der PDS ab, gehen in die SPD und verstärken deren linken Flügel. In einem Fernsehinterview zwei Tage nach der Bundestagswahl wurde Gysi gefragt, ob er schon einmal geschaut habe, wo er sonst, außer in die PDS, hineinpassen könnte. Seine Antwort: „Ich? Nein, nein. Das ist keinen Gedanken wert. Das ist für mich aber sowieso überhaupt keine Vorstellung, überhaupt noch eine politische Karriere und dann noch in einer anderen Partei zu beginnen.“ Im selben Gespräch sagte Gysi aber auch: „Ich bin jetzt vorsichtig im 'Nie'-Sagen.“

Helmut Bärwald, 1928 in Leipzig geboren. Nach dem Abitur 1946 aus politischen Gründen nicht zum Studium zugelassen. Ab 1947 Mitglied einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe mit Verbindung zu dem von Dr. Kurt Schumacher gegründeten Ostbüro der SPD. 1948 Flucht aus der SBZ. Mai 1949 Eintritt in das Ostbüro (Hannover/Bonn), ab 1966 dessen Leiter. Im Januar 1971 wurde vom SPD-Parteivorstand das Büro geschlossen. Im selben Jahr Austritt aus der SPD. Seit 1971 als freiberuflicher Publizist tätig.